O

Objektbegehungen - Kontrollen in Einrichtungen der Volksbildung, aber auch des Gesundheitswesens, der Kultur, des Erholungswesens, in Betrieben, Handelseinrichtungen u. a. über den baulichen Zustand der Objekte, zur Gewährleistung von Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit sowie des Brandschutzes. Neben O. haben sich in der Praxis auch Begehungen weitergehender oder anderer Art mit jeweils differenzierten Zielen der Kontrolle bewährt, so Orts- bzw. Wohngebietsbegehungen, Baustellenbegehungen, Flurbegehungen.

Eine exakte rechtliche Regelung gibt es für die O. in den Volksbildungseinrichtungen. Danach haben die örtlichen Staatsorgane in den ihnen unterstellten Einrichtungen (Schulen, Vorschuleinrichtungen, einschl. Turnhallen, Sportstätten u. a.) jährlich O. durchzuführen, insbesondere zur Verbesserung der materiellen Bedingungen für den Bildungs- und Erziehungsprozeß, zur Gewährleistung der Instandsetzung und Instandhaltung der Einrichtungen. Die Verantwortung hierfür liegt vor allem bei den Räten der Städte und Gemeinden, die nach § 63 Abs. 2 GöV sowie nach § 77 des Bildungsgesetzes die materiell-technischen Voraussetzungen für die Bildungs- und Erziehungsarbeit in den Schulen und Vorschuleinrichtungen zu schaffen haben.

An den O. nehmen unter Leitung des Bürgermeisters bzw. des zuständigen Ratsmitgliedes der Leiter der Einrichtung, Abgeordnete, Mitglieder des Elternbeirates, Vertreter des Patenbetriebes, Mitarbeiter des Bauwesens, des Gesundheitswesens, Vertreter der Feuerwehr u. a. teil.

Für die O. bilden die Bauzustandsanalysen eine wichtige Grundlage. Gleichzeitig werden die Einhaltung der hygienischen Mindestanforderungen, der Zustand der sanitären Anlagen, die Einhaltung der Brandschutzbestimmungen, insbesondere die Ordnung auf den Böden und in den Kellerräumen sowie die Lagerung der Brennstoffvorräte, kontrolliert. Die Kontrolle erstreckt sich auch auf die Unterbringung der Unterrichtsmittel, die Schülerspeisung und Trinkmilchversorgung u. a.

Fragen. Die von Mitarbeitern der Räte der Städte und Gemeinden an Ort und Stelle angefertigten Protokolle bilden die Grundlage für die von den Räten zu fassenden Beschlüsse. Darin wird festgelegt, welche Mängel (z. B. notwendige Instandsetzungen bzw. Reparaturen) in welchem Zeitraum zu beseitigen sind.

Die O. werden in der Regel jeweils vom 1. 2. bis 31. 3. eines jeden Jahres außerhalb der Unterrichtszeit durchgeführt. Vor Beginn des Schuljahres finden Nachkontrollen statt, an denen der gleiche Personenkreis teilnehmen sollte. Die Räte der Städte und Gemeinden sind berechtigt, auch außerhalb der zentral festgelegten Zeit nach Abstimmung mit den Leitern der Bildungseinrichtungen O. vorzunehmen. Das kann dann notwendig werden, wenn Gefahren infolge von Bauschäden im und am Objekt abzuwehren sind.

Die Räte der Städte und Gemeinden berichten in den Tagungen der Volksvertretung über die Ergebnisse der O. und informieren über die eingeleiteten Maßnahmen.

AO über die Durchführung von Objektbegehungen in den Einrichtungen der Volksbildung vom 25. 3. 1971 (GBl. II1971 Nr. 44 S. 341) und Anlage dazu.

Objektliste - Arbeitsinstrument örtlicher Räte und bilanzierender Organe für Bauleistungen.

Die O. weist alle im jeweiligen Jahr durchzuführenden Investitionsvorhaben (→ Investitionen), Modernisierungen (→ Modernisierung von Wohnungen/Um- und Ausbau zu Wohnungen), Rekonstruktionen, Instandsetzungen objektweise in einer damit festgelegten Reihenfolge aus; sie ist zugleich Instrument zur Kontrolle der Planerfüllung.

Je nach Zuständigkeit werden O. im Zusammenhang mit der Planausarbeitung (-4 Volkswirtschaftsplan) und der → Bilanzierung von Bauleistungen im örtlichen Bereich (—* örtlich geleitetes Bauwesen) von den Bauämtern bei den Räten der Bezirke für bezirkliche Investitionen, insbesondere des komplexen Wohnungsbaus, von den Bauämtern bei den Räten der Stadt- und Landkreise für Modernisierungen der Wohnraumbestand und die → Werterhaltung erarbeitet. Sie sind vom